

Te/22

Der Chef des Ergänzungsamtes
der Waffen-SS

Berlin, den 16.II.1940

Tgb.Nr. 32/40 geh.Kds.

19.II.40

Betr.: Verhandlungen mit dem OKW.

Geheime Kommandosache!

AAA

An den
Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei
B e r l i n

Fr. - 106762

Reichsführer !

3 Aktenvermerke über die letzten Verhandlungen lege ich,
da bereits mündlich gemeldet, vor zur Vervollständigung der
Akten.

Da vom Führer die T.St. ausdrücklich nicht erwähnt wurden,
besteht immer Gelegenheit in einem günstigen Augenblick diesen
auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen. Des weiteren können wir
überall "E.-Kompanien für die T.-Division" errichten, umso
mehr, als ein E-Batl. vorerst nicht nach Breslau wegen Raummangels
gelegt werden kann.

Der Chef des Ergänzungsamtes
der Waffen-SS

W. Berger

SS-Brigadeführer

NA T-175/104/2620594

Berlin, den 14.II.1940

A k t e n v o r t r a g .*M*
Geheime KommandosacheBetr.: Fernmündliche Unterredung mit General R e i n i c k e .

Befehlsgemäss setzte ich mich mit General R e i n i c k e in Verbindung, um den Zeitpunkt für eine Besprechung zu erhalten. Es war sehr schwierig, ihn überhaupt zu bekommen, er rief dann schliesslich selbst an, war sehr höflich und freundlich und sprach nur von der Durchsetzung der Feldpost und Fahrpreisermässigung für die Angehörigen der W-T.St., und das auch nur für das Generalgouvernement. Ich setzte ihm kurz auseinander, dass die ganze Sache am einfachsten dadurch geklärt werden könne, dass die Dienstzeit der T.St. anerkannt würde, bei einer Verpflichtung unsererseits, einen Teil des Nachersatzes für unsere aktiven Divisionen aus den T.St. zu entnehmen. Er erklärte mir, er sei über diese ganzen Fragen überhaupt nicht orientiert, von diesem ganzen Befehlswurf wisse er bis heute noch nichts und wolle sich erst einmal ins Bild setzen lassen. Er versprach, mich dann anrufen zu lassen und mir einen Termin für eine Besprechung anzugeben.

Gröger

Tgb.Nr. 31/40 geh.Kds.

Berlin, den 15.II.1940

A k t e n v o r t r a g . ~~Geheim~~ Kommando Jachtel

Betr.: Besprechung am 15.II.40 mit General R e i n i c k e.

Mit General R e i n i c k e konnte ich in voller Offenheit den gesamten Fragen-Komplex besprechen, umso mehr, als kurz vorher der Chef des Persönlichen Stabes RF H , Gruppenführer W o l f f, noch einmal bei ihm angerufen hatte. Es machte tiefen Eindruck, dass Gruppenführer Wolff über General Reinicke dem Generaloberst Keitel die Meinung des Reichsführers H mitteilte, dass nämlich RF H sich sehr wundere, dass Generaloberst Keitel über Fragen der Schutzstaffel mit dem Führer verhandele, o h n e vorher sich mit RF H selbst in Verbindung gesetzt zu haben.

Nach General Reinicke, der diesen Auftrag des Gruppenführers Wolff erledigte und selbst bei Generaloberst Keitel war, ist der Vorgang folgender :

Zum ersten Mal im September 39 stellte Reichsarbeitsführer H i e r l den Antrag auf Anerkennung der Dienstzeit als Wehrdienstzeit für alle Führer und Unterführer, die bei den Baubataillonen eingesetzt und dem kämpfenden Heer auf dem Fusse folgen.

Dieser Antrag wurde vom Führer abgelehnt; Ende November erfolgte der zweite Vorstoss und hatte das gleiche Ergebnis.

Durch irgendeine undichte Stelle erfuhr der Reichsarbeitsführer davon, dass für die H -P.St. der Antrag auf Anerkennung der Dienstzeit gestellt wurde und das auch für die Polizei beabsichtigt sei. Um nicht zu kurz zu kommen, stellte auch er wieder seinen Antrag und nun ging Generaloberst Keitel zum Führer und trug ihm sinngemäss vor: (inzwischen sollen noch Post und Eisenbahn mit den gleichen Anträgen gekommen sein) Verschiedene Stellen sind erneut an mich herangetreten, um die abgeleistete Dienstzeit der Wehrdienstzeit gleichzusetzen; mein Führer, wie soll das gehalten werden ! Darauf hat der Führer gesagt: "Das sind alles Fragen, die erst nach dem Krieg geklärt werden".

General Reinicke führte an, dass in seinem Amtsbereich auch bereits eine Reihe derartiger Entscheidungen gefallen seien, es werde im Augenblick nur das vom Führer festgelegt, was unbedingt sein müsse.

Ich führte an, dass für die T.St. die Sache etwas ganz anderes sei, da es sich hier um Freiwillige der Jahrgänge 01-12 handele, die bereits mehr als 7 Monate Dienst tun und hiervon mindestens 4 Monate reine Ausbildungszeit hinter sich gebracht haben.

General R e i n i c k e glaubt, im Augenblick auf diese Entscheidung des Führers hin nichts mehr tun zu können. Ich habe aber den Eindruck, dass er zu den vernünftigen Leuten des OKW gehört und er für unsere Forderungen wenigstens den gerechten Sinn aufbringt.

Dagegen teilte mir General R e i n i c k e mit, dass von L 2 bereits der Einspruch gegen die Errichtung der Feldpost und -Eisenbahn für die T.St. nicht nur zurückgezogen, sondern die sofortige Gleichstellung beim Chef des Transportwesens befürwortet worden sei.

Für die weiteren Verhandlungen in dieser Richtung erbitte ich Befehl. Sollen Sie von Brigadeführer P e t r i oder von mir beim Chef des Transportwesens geführt werden?

mit
130012
Gr. Seiger

Berlin, den 14.II.1940

A k t e n v o r t r a g .
=====

MP

Tgb.Nr. 29/40 geh.Kds.

Geheime Kommandosache

Betr.: Besprechung OKW am 14.II.40, 13 Uhr 30, erbeten von Oberst i.G. E d e l m a n n (persönliches Kennenlernen und erste Fühlungnahme).

I.) Oberst i.G. E d e l m a n n, Nachfolger des Generals Kaufmann, erbat meinen Besuch. In einer Reihe von Fällen sollen Angehörige der Allg. W, obwohl Angehörige des Beurlaubtenstandes der Wehrmacht und von dieser für Wirtschaftsbetriebe oder Landwirtschaft uk.-gestellt, rücksichtslos zu den W-T.St. eingezogen worden sein.

(Oberst E. ist Generalstabsoffizier aus dem 100 000-Mann Heer, Sachse, aber klug, sehr gewandt, rascher und scharfer Denker, mit rücksichtslosem Einsatz für sich und die von ihm vertretene Sache.)

Die meisten Beschwerden waren von der Landesbauernschaft Kurmark; Durchschlag derselben ging unmittelbar an Generalfeldmarschall Göring als den Beauftragten für den Vierjahresplan. In etwa 70 weiteren Fällen, aus dem ganzen Reich, waren die W-Männer noch nicht einberufen, sondern die Einberufung war erst angekündigt. Ich erklärte, dass das Einberufungen nach dem alten System seien und ich, nachdem der von mir gewünschte Befehl trotz Zusage zweimal grundsätzlich geändert wurde, vorerst nicht in der Lage sei, hier einzugreifen.

(Ich habe Oberführer Schneller angerufen und gebeten, mit Einberufungen vorsichtiger zu sein!)

Damit war das Gespräch bei dem Befehlsentwurf. Es wurde mir offiziell mitgeteilt:

1.) Das OKW sei bereit gewesen, die Anerkennung der Dienstzeit für die T.St., jedenfalls für die im Protektorat Böhmen-Mähren und für die 5 T.St. des Generalgouvernements, anzuerkennen. Der diesbezügliche Befehlsentwurf (3.Entwurf) war von allen Stellen abgezeichnet, einschliesslich General F r o m m.

(Ich führe das an zur ausdrücklichen Feststellung, dass General F r o m m sein Versprechen gehalten hat).

Nachdem nun aber für Polizei und RAD der gleiche Antrag gestellt worden sei, habe Generaloberst Keitel beim Führer diese Angelegenheit vorgetragen. Der Führer habe erklärt, dass die Anerkennung der Dienstzeit bei der Polizei, RAD u n d W-T.St. eine Sache sei, die nach dem Kriege geklärt werden könne. Ein diesbezüglicher Befehl sei unter dem 2.2.40 erlassen worden und zwar habe Reichsminister Dr. Lammers den Auftrag erhalten, diese Entscheidung des Führers allen Reichsministerien mitzuteilen. Ich erklärte, dass mir von diesem Befehl nichts bekannt sei und dass auch Reichsführer W bis zum heutigen Tage diese Mitteilung nicht erhalten habe. Darauf wurde mir der betreffende Passus vorgelesen. Hier ist allerdings nur von Polizei und RAD die Rede, n i c h t von den T.St. Ich wies auf diesen Zwiespalt hin und sagte, auch wenn dieser Befehl erscheinen würde, sei das für uns keine Entscheidung, denn von den W-T.St. stehe in dem ganzen Befehl nichts. Das ist den Herren des OKW selbst bekannt und diese Feststellung meinerseits war ihnen peinlich. Ich wurde dann indirekt darauf hingewiesen, dass der Führer sich ganz scharf dafür ausgesprochen habe, dass eben die Männer an die Front sollten; das wurde von mir in jeder Form klargestellt.

- 2.) Der Führer habe einen Befehlsentwurf angeordnet, nach dem
- a) das Tragen der feldgrauen Uniform beschränkt sei auf die Feldtruppenteile, ihre Ersatzeinheiten und die Dienststellen, die für den Ersatz zu sorgen haben,
 - b) Freiwillige nicht mehr angenommen werden dürfen, es sei denn, sie melden sich zur Infanterie, zu den Panzertruppen und zum fliegenden Personal der Luftwaffe,
 - c) das OKW den Auftrag habe, mehr als 30 Divisionen neu-aufzustellen.

Der Befehl wurde von mir auf diese Mitteilungen hin trotzdem noch für vollkommen unmöglich gehalten, weil er derart viele Einschränkungen bringe, und für uns und unser Ersatzwesen nur eine Belastung bedeute.

Es wurde mir daraufhin zugesagt, diese einschränkenden Bestimmungen " 1 - 4" zu streichen und die gesamte Erfassung, die

Zurverfügungstellung der Reserven, die Erstellung der Wehrpässe für die Waffen-~~W~~, einheitlich zu regeln. Wie weit diese Zusagen eingehalten werden, wird sich in der Besprechung am Sonnabend herausstellen. -

Nach diesem Befehlentwurf ist nur eines gesichert : Die Ausstellung der Wehrpässe für alle Angehörigen der Waffen-~~W~~.

II.) Feldpost.

General Reinicke hatte bei Oberstleutnant S c h u l z und bei Oberst E d e l m a n n angerufen und mitgeteilt, dass er es für untragbar halte, wenn den T.-Standarten in Polen nicht das Recht der Feldpost und des Militärfahrscheines zugebilligt werde. Es wurde ein diesbezüglicher Befehlentwurf zugesagt. Ich beantragte das für alle Totenkopfstandarten, da alle diese mehr oder weniger Ersatzeinheiten der T.-Division sind.

III.) Ich stellte bei dieser Besprechung wieder fest, dass das OKW ziemlich genau im Bilde ist, über das, was wir in Zukunft durchsetzen wollen. So wurde ich z.B. gefragt, ob ich nicht schon beauftragt sei, das stellv. Generalkommando für die Waffen-~~W~~ durchzusetzen. Ich verneinte das und wies darauf hin, dass das gar keine unbillige Forderung wäre und das OKW ja von sich aus alles Interesse haben müsste, dass bei uns ganz einwandfrei nach "Ihren" Grundsätzen gearbeitet werde.

Nicht im Bilde ist das OKW darüber, dass ich

- 1.) alle Männer der Jahrgänge 01-12 für die Ersatzeinheiten der T.-Division freimache,
- 2.) dass wir sehr viel Jugendliche der Jahrgänge 21 und 22 ohne Dienstzeitverpflichtung einberufen und sie erst nachträglich auf den Etat 18jährige Dienstzeitverpflichtung freimachen.

IV.) Die Einführung des Reichsarbeitsdienstes im Kriege war gegen den ausdrücklichen Willen des OKW; es herrschen hier nicht unerhebliche Spannungen.

G. Rieger